

1 **Antrag Ini06/11/2018**
2 **Timo Schramm (Neukölln)**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4
5 **Neuausrichtung der Verordnung "Berliner Linie"**
6 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und
7 der Abgeordnetenhausfraktion mögen sich einsetzen
8 für:

9
10 Neuausrichtung der Verordnung "Berliner Linie" – Die
11 Berliner Polizei muss davor geschützt werden, als Hand-
12 langer für Immobilien-Spekulanten instrumentalisiert
13 zu werden

14
15 Die 1981 unter dem CDU-Senat eingeführte Praxis
16 der Räumung besetzter Häuser innerhalb von 24
17 Stunden nach Bekanntwerden, muss einer Einzelfall-
18 prüfung weichen. Dabei müssen die Interessen des
19 Allgemeinwohls und der sozioökonomischen Struktur
20 der Kiez-Vielfalt eine stärkere Gewichtung finden
21 und gegebenenfalls von Räumungen abgesehen
22 werden. Profitorientierte und spekulationsgetriebene
23 Partikularinteressen dürfen den sozialen Frieden in
24 unserer Stadt nicht länger gefährden. Angesichts der
25 Kündigung von Mietverträgen durch luxemburgische
26 Briefkastenfirmen noch in diesem Jahr und der sich
27 daher zuspitzenden Konfliktsituationen, ist ein schnel-
28 les und konsequentes politisches Handeln der linken
29 Regierung in Berlin dringend notwendig.

30
31 **Begründung**

32 Die verschärfte Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt
33 bedroht den sozialen Frieden der Stadt. Immer mehr
34 Berlinerinnen und Berliner werden aus ihren Kiezen
35 verdrängt und durch steigende Mietkosten in die Ar-
36 mut getrieben. Die sozio-ökonomische Struktur unserer
37 Stadt erlebt einen Ausverkauf. Mietsteigerungen in
38 den letzten Jahren um 100%, wie z.B. in Nord-Neukölln,
39 sind keine Seltenheit mehr. Immobilien-Fonds werben
40 offen mit hohen Renditen die auf dem Berliner Markt
41 zu erzielen seien.

42 Die Konsequenzen dieser internationalen Investment-
43 strategien spüren die Schwächsten in unserer Stadt zu-
44 erst. Und auch alternativ organisierte Strukturen, die zi-
45 vilgesellschaftlich diesen Entwicklungen entgegenstre-
46 ten, sind massiv bedroht. Nach der Räumung des Neu-
47 köllner Kiezladens „Friedel 54“ wurde nun der vor 33
48 Jahren von Anwohnern gegründeten und kollektiv or-
49 ganisierten „Kiezkneipe Syndikat“ die Kündigung zuge-
50 stellt. Das Syndikat ist wesentlicher Bestandteil der an-
51 tifaschistischen Ausrichtung Nord-Neuköllns. In beiden
52 beschriebenen Fällen sind die Eigentümer laut Grund-
53 buch in Luxemburg gelistet. Im Falle des Syndikats han-
54 delt es sich um FIRMAN PROPERTIES S.A.R.L (4-6 Avenue
55 de la Gare, L-1610 Luxembourg). Unter derselben Adres-
56 se sind sieben weitere SARLs („Société à responsabilité
57 limitée“) ansässig.

58 Durch die Durchsetzung der „Berliner Linie“ wird die
59 Berliner Polizei unfreiwillig zum Handlanger dieser un-

Kein Initiativcharakter – Nichtbefassung

1 durchsichtigen Briefkastenfirmen gemacht. Die ver-
2 meidbaren Eskalationen verschärfen das Konfliktpoten-
3 tial in unserer Stadt dramatisch.
4 Die Wohnungsproblematik ist nicht schnell zu lösen. Es
5 muss jedoch klar und deutlich sein, auf welcher Seite
6 die Berliner SPD und die rot-rot-grüne Regierung in die-
7 ser Frage stehen. Deshalb ist eine Neuausrichtung der
8 „Berliner Linie“ und Abwägungen im Einzelfall dringend
9 geboten.